Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 29 (1973)
Heft: 3-4

Artikel: Kleckse im Reinheft der Schweiz
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845737

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z.
8049 Zürich

Presse-Foyer G
Münstergasse 9
8001 Zürich

Kein Stimmrecht für die Liechtensteinerinnen

Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren haben die männlichen Stimmbürger von Liechtenstein eine Vorlage über die Einführung des Frauenstimmrechts verworfen. War im Jahr 1971 der Entscheid noch so knapp ausgefallen, dass von einem Zufallsresultat gesprochen werden konnte — 49 Prozent annehmende standen 51 Prozent ablehnenden Stimmen gegenüber — so muss das Ergebnis des Urnenganges vom Februar dieses Jahres als eindeutige Ablehnung der politischen Gleichberechtigung beurteilt werden. Bei einer Stimmbeteiligung von 84 Prozent sprachen sich 1675 oder 44 Prozent der Stimmbürger für und 2128 oder 56 Prozent gegen das Frauenstimmrecht aus. Das starke Anwachsen der Nein-Stimmen dürfte zur Folge haben, dass in Liechtenstein das Thema Frauenstimmrecht nun für längere Zeit aufs Eis gelegt wird.

Kleckse im Reinheft der Schweiz

In der Schweiz haben wir keinerlei Grund, mit Überlegenheit auf unseren östlichen Nachbarn herabzublicken. Abgesehen davon, dass erst zwei Jahre verstrichen sind, seitdem wir mit Erleichterung den Ausgang der eidgenössischen Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts zur Kenntnis nehmen konnten, gibt es noch immer einzelne Kantone, in denen die politische Gleichberechtigung nicht vollständig verwirklicht ist:

Graubünden

Seit 1962 sind die Gemeinden zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen ermächtigt. Rund ein Drittel aller Gemeinden, in welchen aber mehr als zwei Drittel der Kantonsbevölkerung wohnen, haben inzwischen das Frauenstimmrecht eingeführt. In Angelegenheiten des Kantons und der Kreise ist es seit März 1972 verwirklicht.

Obwalden und Solothurn

In je einer Gemeinde dieser Kantone sind die Frauen noch nicht stimm- und wahlberechtigt. In Obwalden heisst diese Gemeinde Kerns. Kantonale Vorlagen wurden in Obwalden im September 1972 und in Solothurn im Juni 1971 angenommen.

Appenzell Ausserrhoden

Von der Landsgemeinde 1972 wurde eine Vorlage über die obligatorische Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in den Gemeinden angenommen. Die politische Gleichberechtigung auf kantonaler Ebene steht noch aus.

Appenzell Innerrhoden

Aus diesem Kanton sind bisher nur ganz bescheidene Fortschritte zu verzeichnen. Vorläufig sind lediglich die Schul- und Kirchgemeinden ermächtigt, das Frauenstimm- und -wahlrecht einzuführen und erst ganz wenige Gemeinden haben von diesem Recht Gebrauch gemacht. Ende letzten Jahres hat eine Gruppe junger Stimmbürger eine Initiative für das integrale Frauenstimmrecht eingereicht und die Regierung hat sich zur Unterstützung des Vorstosses bereit erklärt. Im Hinblick auf die schleppende Integration der Frauen in Schul- und Kirchgemeinden kann der Initiative nicht viel Aussicht auf Erfolg zugesprochen werden. Unter den europäischen Staaten ist Liechtenstein das letzte politische Männerreservat, unter den schweizerischen Kantonen fällt diese Rolle voraussichtlich Appenzell Innerrhoden zu.